"DER COURIER"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
In Canada $2.50
to foreign countries $3.50
If paid in advance:—
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold == Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00
für Ausland $3.50

25. Jahrgang. 14 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 2. März 1932. 14 Seiten Nr. 17.

Moskau befürchtet japanischen Angriff in Ostasien

Japaner sollen die Bewegung der zaristischen Weißgardisten in der Mandschurei unterstützen.

Wladiwostok soll nach russischen Pressemeldungen gefährdet sein. — Rote Armee zur Verteidigung angeblich bereit.

Moskau, 26. Febr. — Die Sowjetregierung hat in scharfen Worten ihre Unzufriedenheit mit den Plänen der Japaner, Truppen nach Punkten an der sowjet-mandschurischen Grenze zu entsenden, sowie damit ausgesprochen, daß die Japaner die Unternehmungen der antisowjetistischen Weißgardisten angeblich unterstützen.

In der hiesigen Presse wird gleichzeitig der Vorwurf erhoben, Japan organisiere eine Armee von Weißgardisten, um die Streitkräfte der Sowjets in Wladiwostok anzugreifen.

Leo Karakhan, der russische Hilfskommissar für auswärtige Angelegenheiten, hat den japanischen Botschafter Hirota um Bestätigung und Erklärung der vier folgenden Berichte ersucht:

1.) Daß der japanische Befehlshaber in Harbin beabsichtigt, japanische Truppen an die sowjetistische Grenze zu werfen.

2.) Daß der Befehlshaber vorhat die Bahnraten der Soldaten, die mit der chinesischen Ostbahn befördert werden, zu reduzieren.

3.) Daß die russischen Emigranten unter japanischem Schutz und mit deren Hilfe eine zunehmende Tätigkeit entfalten.

4.) Die Natur des in Aussicht genommenen unabhängigen Staates in der Mandschurei.

Anklagen in der Presse.

Die Sowjetpresse erhebt die Anklage, daß die Japaner eine Armee von Weißgardisten organisieren, die an dem einen Ende der chinesischen Ostbahn angreifen sollen, während die Japaner selbst an dem anderen Ende angreifen würden.

Wladiwostok, die östliche Endstation der Eisenbahn, ist der große russische Seehafen im Orient, eigentlich der einzige Seehafen von Bedeutung, den die Russen im Kriege mit Japan vor 25 Jahren abtreten mußten.

Der Text der Aussprache zwischen Karakhan und Hirota, die vor zwei Tagen bereits stattfand, wurde erst heute der Oeffentlichkeit übergeben.

Karakhan stellte an den Botschafter die Frage, ob der japanische Befehlshaber in der Mandschurei um siebzehn Staffel ersucht habe, um Truppen nach Imyanpo und Pograniichnaya am östlichen Ende der chinesischen Bahn transportieren zu können. Da eine solche Truppenbewegung einen Grenzpunkt berühren würde, wies das auswärtige Amt darauf hin, daß dadurch ein politisches Problem angeschnitten würde, das über die Kompetenz der Beamten an der chinesischen Ostbahn hinausging.

Karakhan forderte außerdem eine Erklärung zu dem Bericht, daß die ausgewiesenen russischen Zaristen eine zunehmende Tätigkeit gegen die Sowjets entfalten „unter dem Schutz und mit der direkten Hilfe der Japaner, was im Gegensatz steht zu der Versicherung des japanischen Botschafters Karakhan dem auswärtigen Minister Litwinoff gegenüber, daß die Japaner die Emigranten nicht unterstützen würden."

Botschafter Hirota hat sich in der Angelegenheit mit seiner Regierung in Tokio in Verbindung gesetzt.

Zur Verteidigung bereit.

Moskau, 26. Febr. — Die Sowjetarmee ist bereit, ihre Kraft jederzeit zur Verteidigung der russischen Grenzen in die Wagschale zu werfen, falls ausländische Mächte oder Zaristen versuchen, eine Intervention in die Wege zu leiten. Diese Erklärung wurde von General Vassily Blücher, dem Kommandanten der Fernöstlichen Spezialarmee, soeben bei einer Massenversammlung von Inhabern leitender Regierungsstellen abgegeben.

Saskatchewan-Legislatur und Schuldenfrage

Gemischter Ausschuß zur Prüfung der Frage eingesetzt.

Regina. — Die Saskatchewan-Legislatur hat einen Spezialausschuß ernannt, der zu gleichen Teilen aus Liberalen und Konservativen besteht und noch Vertreter der beiden anderen Gruppen umfaßt, um mit den Kreisen der Gläubiger und Schuldner in der Provinz in Fühlung zu treten und einen praktischen Plan für die Schuldenregelung zu entwerfen. Eine diesbezügliche Entschließung wurde von der Legislatur einstimmig angenommen. Die Resolution war von Charles McIntosh (Liberal, Kinistino) mit Unterstützung von C. W. Johnson (Liberal, Willow Bunch) eingebracht worden. An der Aussprache darüber beteiligten sich J. G. Gardiner (Liberal, North Qu'Appelle), J. Benson (Regierung, Last Mountain), S. Whitlacker (Regierung, Moose Jaw County), Not Given (Regierung, Rosetown), Dr. S. W. Arthur (Regierung, Cannington), C. S. Whatley (Regierung, Kindersley), George Cockburn (Liberal, Redberry), S. N. Horner (Regierung, Francis), J. M. Parker (Liberal, Touchwood), J. P. Patterson (Regierung, Milestone), A. Lopston (Liberal, Saltcoats), T. C. Davis (Liberal, Prince Albert), Hon. M. A. MacPherson (Provinzial-Schatzmeister und Staatsanwalt).

Die Budget-Debatte wurde vom Hause fortgesetzt. Die größte „Sensation" der Woche war es, daß der konservative Abgeordnete Whittlaker sich in einem gewissen Grade gegen das konservative Budget aussprach, wobei er besonders die hohen Gehälter kritisierte.

Ein weiterer Spezialausschuß wurde von der Legislatur ernannt, der sich mit den Kosten und dem Verkauf von Gasolin und Petroleumprodukten in Saskatchewan und allen anderen darauf sich beziehenden Fragen wie Kauf, Verkauf, Transportierung und Lagerung, die Einfuhr von Naphta und die Verwendung von Kerosin für Traktoren usw. befassen soll. Diesem Komitee gehören an: R. T. Eades (Morse, Vorsitzender), N. Given (Rosetown), R. J. Gordon (Lloydminster), R. L. Handridge (Kerrobert), C. W. Johnson (Willow Bunch), B. F. McGregor (Gravelbourg), Hon. J. A. Merkley, Hon. Mr. Munroe, W. J. Patterson (Pipestone), J. P. Patterson (Milestone), Hon. A. C. Stewart, D. McStrath (Happyland), H. K. Warren (Bengough), C. S. Whatley (Kindersley).

70 Personen sollen ertrunken sein.

Kalkutta, Indien, 26. Febr. Man befürchtet heute, daß 70 Personen ertranken, als auf dem Hooghly-Fluß eine Motor-Barkasse kenterte, die 100 Personen an Bord hatte. Bis heute nachmittag stand erst die Rettung von 30 Verunglückten fest.

„Harmonische Stimmung" in Genf?

Annahme des Konventionsentwurfes soll Aussichten der Abrüstungskonferenz bessern.

Genf. — Die Abrüstungs-Weltkonferenz zeigt eine mehr harmonische Stimmung, die etliche Beobachter mit Hoffnung, andere mit Zweifel erfüllten.

Deutschland hat im Verein mit England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und anderen Großmächten den Konventionsentwurf für eine vorläufige Abrüstungskommission als Plan für eine allgemeine Erörterung angenommen, während die Sonderdelegationen ihre eigenen Vorschläge in Form von Abänderungen, Zusätzen oder Streichungen unterbreiten mögen.

Maxim Litwinow, der russische Außenkommissar, hat diesen Plan ebenfalls befürwortet, doch ersuchte er die Konferenz, einen Sowjet-Vorschlag für allgemeine und vollständige Abrüstung zu erwägen.

(Dieser Konventionsentwurf, der als Fassung eines allgemeinen Abrüstungsvertrages 1930 aufgesetzt wurde, wird als eine Vorkehrung für Beschränkung der gegenwärtigen Rüstungen angesehen). Der Plan wurde von der allgemeinen Kommission in der ersten öffentlichen Sitzung erörtert.

Die Hinnahme des britischen Konventionsentwurfs seitens des deutschen Reiches zeigt eine Milderung des bisherigen deutschen Standpunktes. Der Wortführer Deutschlands in der vorbereitenden Abrüstungskommission, Graf Bernstorff, hatte den Konventionsentwurf in seiner Gesamtheit rundweg abgelehnt, weil er die deutsche Forderung nach Gleichheit der Rüstungen unberücksichtigt ließ und die Einschränkungen des Versailler Vertrages, durch den Deutschland entwaffnet wurde, erneut vorbringt.

Die Hinnahme des Entwurfs durch den deutschen Delegaten Nadolny bedeutet daher, daß Deutschland den Entwurf nicht länger als ganzes zurückweist, sondern mit anderen Nationen darauf hinarbeitet, eine Vereinbarung innerhalb der allgemeinen Fassung des Konventionsentwurfs zu erzielen und die von Deutschland geltend gemachten Punkte einzeln als besondere Klauseln aufzunehmen.

Russen legen Minen im Schwarzen Meer.

Budapest. — Die ungarische Zeitung „Reggeli Ujsag" brachte eine Depesche aus Constanza, nach welcher ein rumänisches Kriegsschiff nach einer Fahrt im nördlichen Teil des Schwarzen Meeres meldet, daß die Russen in der Nähe der rumänischen Grenze im Schwarzen Meer Minen legen. Die Offiziere des rumänischen Schiffes hätten berichtet, daß sie vier russischen Torpedobooten begegneten, sowie einem Minensucher, die auch die Eingänge zu den russischen Häfen mit Minen versperren.

Vom Kriegsschauplatz in Ostasien.

Schanghai, 29. Febr. — Chinesische und japanische Artillerie bei Tschapei und Kiangwan war in ein lebhaftes Feuergefecht verwickelt, dessen Dröhnen die ganze Umgebung erschütterte.

Schanghai, 29. Febr. — Nach hier kursierenden Gerüchten sollen japanische Diplomaten zu Friedensverhandlungen mit den Chinesen und zu einem gewissen Entgegenkommen bereit sein. Die amtliche Bestätigung dieses Gerüchts steht noch aus. Es würde auch in schroffem Widerspruch zu der lebhafteren japanischen Truppenbewegung stehen.

Deutsches Konsulat in Schanghai gefährdet.

Schanghai. — Das deutsche Konsulatsgebäude im Stadtteil Hongku wurde als erstes geräumt, nachdem der chinesische Bürgermeister von Schanghai, Wu Teh Chen, die Auslandskonsulate gewarnt hatte, daß die Fremdbewohner Honkus in Gefahr ständen, von chinesischen Geschossen getroffen zu werden, weil Honku von den Japanern als Basis ihrer militärischen Operationen benutzt und daher voraussichtlich von den chinesischen Truppen beschossen werden würde.

Das deutsche Konsulat liegt dicht neben dem Japanischen, vor welchem das Japanische Flaggschiff „Idzumo" vor Anker liegt.

Vor der Räumung ihres Konsulats waren die deutsche Konsulatsbeamten zusammen mit den Konsulatsbeamten einiger anderer Länder bei dem chinesischen Truppenkommandeur, General Tai Ting Kai, gegen die Beschießung des japanischen Konsulatsgebäudes vorstellig geworden, weil dabei noch anderer Ausländerbesitz gefährdet werden würde.

Der amerikanische Generalkonsul, Edwin S. Cunningham, wurde von dem japanischen Generalkonsul, Murai, darum ersucht, zu verhüten, daß Amerikaner sich auf chinesischen Militärflugzeugen am Luftkampf über Schanghai beteiligen. Der Japaner bezieht sich darauf, daß der amerikanische Flieger Robert Short jüngst mit dem chinesischen Militärflugzeug abgeschossen wurde, das er lenkte, und dabei umkam.

Deutsches Konsulat in Schanghai gefährdet.

Schanghai. — Das deutsche Konsulatsgebäude im Stadtteil Hongku wurde als erstes geräumt, nachdem der chinesische Bürgermeister von Schanghai, Wu Teh Chen, die Auslandskonsulate gewarnt hatte, daß die Fremdbewohner Honkus in Gefahr ständen, von chinesischen Geschossen getroffen zu werden, weil Honku von den Japanern als Basis ihrer militärischen Operationen benutzt und daher voraussichtlich von den chinesischen Truppen beschossen werden würde.

Das deutsche Konsulat liegt dicht neben dem Japanischen, vor welchem das Japanische Flaggschiff „Idzumo" vor Anker liegt.

Vor der Räumung ihres Konsulats waren die deutsche Konsulatsbeamten zusammen mit den Konsulatsbeamten einiger anderer Länder bei dem chinesischen Truppenkommandeur, General Tai Ting Kai, gegen die Beschießung des japanischen Konsulatsgebäudes vorstellig geworden, weil dabei noch anderer Ausländerbesitz gefährdet werden würde.

Der amerikanische Generalkonsul, Edwin S. Cunningham, wurde von dem japanischen Generalkonsul, Murai, darum ersucht, zu verhüten, daß Amerikaner sich auf chinesischen Militärflugzeugen am Luftkampf über Schanghai beteiligen. Der Japaner bezieht sich darauf, daß der amerikanische Flieger Robert Short jüngst mit dem chinesischen Militärflugzeug abgeschossen wurde, das er lenkte, und dabei umkam.

Hitler erhält Bürgerrecht

Wird Regierungsrat bei Braunschweiger Vertretung in Berlin. — Leistet der Republik den Treueid.

Adolf Hitler, der geborene Oesterreicher und Führer der Nationalsozialisten, welcher von dieser Partei kürzlich als Reichspräsidentschaftskandidat aufgestellt wurde, ist von der Regierung Braunschweigs zum Regierungsrat der Braunschweiger Gesandtschaft in Berlin ernannt worden. Die Ernennung bringt automatisch das Bürgerrecht mit sich. Er untersteht fernerhin dem außerordentlichen Gesandten Dr. Friedrich von Boden, der in Berlin nicht nur Braunschweig sondern auch Anhalt und Mecklenburg-Strelitz vertritt, deren Vertreter er auch im Reichstag ist.

Die Ernennung zeigt, daß der ursprüngliche Plan, Hitler zum Professor an der technischen Hochschule in Braunschweig zu ernennen, im letzten Augenblick fallen gelassen wurde, offensichtlich weil der Senat gegen eine solche Ernennung Einwand erhob, da Hitler die Qualifikationen für eine Professur absolut abgehen. Eine gewisse Ironie des Schicksals ist es jedenfalls, daß Geheimrat Hugenberg bei dieser Einbürgerung Hitlers sozusagen Gevatter gestanden, trotzdem seine Partei in Theodor Düsterberg ihren eigenen Reichspräsidentschaftskandidaten hat, denn es war ein Deutschnationaler, Dr. W. Küchenthal, der als Braunschweiger Ministerpräsident diese Ernennung vollzog. Der Kandidatur Hitlers dürfte damit weiter nichts im Weg stehen.

Die Regierungsbekanntgabe über Hitlers Ernennung hat folgenden Wortlaut: „Die Ernennung des Publizisten Adolf Hitler zum Regierungsrat ist heute von dem Ministerpräsidenten Werner Küchenthal und dem Innenminister Dietrich Klagges unterzeichnet worden. Hitler wird in beratender Eigenschaft in Berlin beigegeben mit der Sonderaufgabe, die wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs zu wahren und Aufträge für die Geschäftswelt Braunschweigs zu erlangen. Er ist ersucht worden, ohne Verzug seine Pflicht aufzunehmen und den Amtseid abzulegen."

Hitler legte diesen Eid bereits ab, wobei er feierlich schwor, die Deutsche Republik zu schützen und zu erhalten.

Sturz der Brüning-Regierung mißglückt

Alle Mißtrauensanträge von Reichstagsmehrheit abgelehnt. — Reichspräsidentenwahl am 13. März.

Berlin, 26. Febr. — Dreimal schnell hintereinander sprach der Reichstag heute der Regierung Brüning sein Vertrauen aus, als er drei Oppositions-Anträge zur Geschäftsordnung ablehnte.

Der Reichskanzler rechnete mit einer Mehrheit von 15 Stimmen gegen ein Mißtrauensvotum für das Gesamtkabinett, erlangte aber eine solche von 25. Der Antrag wurde mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt.

Darauf folgte der Antrag für ein Mißtrauensvotum gegen den Innen- und Reichswehrminister Wilhelm Groener. Dieser wurde mit 305 gegen 250 Stimmen abgelehnt.

Dann folgte ein gleicher Antrag gegen Reichsfinanzminister Hermann Dietrich, den der Reichstag mit 291 gegen 250 Stimmen zu Fall brachte.

Die Nationalsozialisten stellten den Antrag auf Reichstagsauflösung und wurden mit 71 Stimmen niedergeschlagen. Die Nationalsozialisten verloren ihren Antrag für Aufhebung der Notverfasse Brünings für die Dauer der Präsidentschaftskampagne mit großer Stimmenminderheit, und die Kommunisten verloren ihren Antrag, „alle auf dem Versailler Vertrag begründeten Tributzahlungen einzustellen und durch die Privatschulden bei kapitalistischen Ländern einen Strich zu machen," mit 75 gegen 368 Stimmen.

Diese überwältigende Mehrheit bedeutet indessen nicht, was auf den ersten Blick dadurch angedeutet scheint; denn nach der Abstimmung erklärten die Nationalsozialisten, die Deutschnationalisten und Volksparteiler, wenn der Antrag getrennt eingebracht worden wäre, würden sie für den Teil gestimmt haben, der die Beseitigung der Reparationen bezweckte.

Somit befestigte der Reichskanzler seine Stellung mindestens bis zum 13. März, an welchem Tage das Volk seinen Präsidenten wählen wird.

Der Reichstag vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Es wurde dem Reichstagspräsidenten Paul Loebe und dem Aeltesten-Rat des Reichstags anheimgestellt im Notfall den Reichstag wieder einzuberufen.

Hitler-Jugend in Bayern verboten.

Berlin. — Der sozialistische „Vorwärts" läßt sich aus München berichten, das bayerische Unterrichtsministerium habe alle Hitlerischen Jugendorganisationen in dem Freistaat verboten.

Deutscher Dichter zur Goethefeier in New York.

New York. — Gerhart Hauptmann, der bedeutendste deutsche Dichter und Dramatiker der Gegenwart, ist auf dem Vierschrauben-Schnelldampfer „Europa" vom Norddeutschen Lloyd, in Begleitung seiner Gattin und seines Sohnes Bendemto hier eingetroffen, um an hiesigen Veranstaltungen anläßlich der Goethe-Jahrhundertfeier teilzunehmen.

Dr. Heptmann folgt einer Einladung des Präsidenten der Columbia-Universität, Professor Dr. Nicholas Murray Butler, in dessen Eigenschaft als Vorsitzenden der Carnegie-Friedensstiftung, und wohnt während seines Aufenthalts in New York mit seiner Begleitung im Hotel Waldorf-Astoria.

Erregte Reichstagsdebatten um Hindenburg

Nationalsozialist Dr. Goebbels, Reichswehrminister Gröner und Reichskanzler Dr. Brüning die Hauptredner.

Berlin. — Der Reichstag, der am 23. Februar nach einer Pause von vier Monaten zu einer kurzen Session zusammengetreten ist, ist zum Schauplatz lebhafter Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und den Anhängern der Brüning-Regierung geworden. Die Session wurde so zum Vorspiel des Reichspräsidenten-Wahlkampfes. Die schärfsten Ausfälle erlaubte sich

Dr. Joseph Göbbels,

der als Adolf Hitlers rechte Hand gilt. Er warf dem altehrwürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg vor, er habe „seine Wähler im Stich gelassen" und lasse sich von „veralteten Exzellenzen aus dem Steinzeitalter" und von der Sozialdemokratischen Partei, „der Partei der Deserteure" unterstützen. Dem lächelnd dasitzenden Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning rief Goebbels zu: „Sie haben abgewirtschaftet". Der Redner, der sich in eine Hitze und Wut hineinredete, die den schärfsten Widerspruch der Mehrheit herausforderte, wurde „wegen einer ernsten Beleidigung des Staatsoberhauptes", des Reichspräsidenten von Hindenburg, für die Dauer des Sitzungstages vom Reichstag ausgeschlossen. Am zweiten Tage mußten vier weitere nationalsozialistische Abgeordnete „wegen unparlamentarischen Benehmens" den Sitzungssaal verlassen.

Die Ausfälle des Dr. Göbbels riefen alsdann die gemäßigten Parteien auf den Plan, die geschlossen für Reichspräsident von Hindenburg eintraten und ihm eine begeisterte Kundgebung darbrachten.

Redner der Parteien der Mitte und gemäßigten Linken gelobten dem betagten Reichspräsidenten unerschütterliche Treue.

Der ehemalige Reichsjustizminister Johannes Bredt, ein Abgeordneter der Wirtschaftspartei, schlug einen neuen Ton an, indem er erklärte, die fremden Mächte müßten sich darauf gefaßt machen, daß ein Budget der Regierung, das Zahlungen für Reparationen enthalte, im Reichstage nicht angenommen werden wird.

Reichswehrminister General Wilhelm Gröner

wies den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Josef Goebbels in einer kurzen, aber scharfen Rede wegen seiner Aeußerungen zurecht, in denen Goebbels gesagt hatte, daß Reichspräsident von Hindenburg sich mit einer Partei der Deserteure identifiziert habe.

„Eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes", sagte General Groener, „betrachtet es als ungeheuerlich, daß der erste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der sich zu Beginn des Krieges freiwillig in den Dienst des Vaterlandes stellte und der sich weigerte, den Dienst zu verlassen, als alles zusammenbrach, daß Hindenburg in irgendeinem Zusammenhang mit dem Worte Deserteur gebracht werden sollte.

„Das, was ein Mann hier auszusprechen wagte, der den Krieg nur vom Hörensagen kennt, kann sicherlich den Errungenschaften des Feldmarschalls, noch der Verehrung des deutschen Volkes für ihn wegen seiner Pflichterfüllung im Krieg und Frieden Abbruch tun." Als Mitglied der Reichsregierung und Vertreter der deutschen Wehrmacht ist es jedoch meine Pflicht, diese unerhörten Aeußerungen des Herrn Goebbels als eine Beleidigung nicht nur des Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes zu brandmarken."

Der nächste Hauptredner war

Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning.

Entgegen seiner üblichen Reserve, trat der Reichskanzler mit einer Leidenschaft auf, die man nicht an ihm gewöhnt ist. Er gestikulierte mit beiden Armen, schlug auf das Rednerpult mit den Fäusten und warf der Rechtsopposition in vor innerer Erregung zitternder Stimme vor, sie arbeite auf Zwiespalt im Innern des Reiches hin und dies zu einer Zeit, da Deutschland inmitten der ernstesten internationalen Verhandlungen stehe.

Die Verteidigung seiner Politik wob der Kanzler um den Ausspruch des britischen Botschafters Sir Horace Rumbold im Januar dieses Jahres: „Ich habe klar und deutlich in dieser Erklärung die Ansicht der deutschen Regierung wiedergegeben," sagte der Reichskanzler, „und ich bin heute noch der gleichen Ansicht wie damals."

(Im Januar erklärte Kanzler Brüning, er werde auf der Lausanner Konferenz der Welt die Mitteilung machen, Deutschland sei außerstande, je wieder Reparationen zu zahlen.)

„Ich werde mich", so erklärte der Kanzler, „nie dazu verstehen, eine Außenpolitik nur um des Prestiges wegen zu betreiben, nur um die Forderungen politischer Agitatoren zu Hause zu befriedigen, da ich nicht beabsichtige, die vitalen Interessen der Nation zu gefährden. Unsere Politik würde wahrhaftig im Ausland eine ganz andere Beachtung finden, wenn wir in diesen kritischen Zeiten uns zusammenfinden würden und den Parteihader ruhen ließen."

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Oesterreich und Ungarn leiden unter der Grippe

Oesterreichische Minister von der Krankheit ergriffen.

Wien, 25. Febr. — Die Hälfte der Mitglieder des österreichischen Kabinetts muß wegen Influenza das Bett hüten.

Kanzler Karl Buresch, der seit einigen Tagen krank war, ist auf dem Wege der Besserung. Finanzminister Emanuel Weidenhofer liegt seit gestern.

Heute erkrankte der Landwirtschaftsminister Engelbert Dolphus und Vice-Kanzler Franz Winkler.

Der ehemalige Kanzler Ignaz Seipel war auf dem Wege der Genesung, aber die Aerzte verordneten ihm eine Seereise oder einen Aufenthalt in den Bergen der Schweiz, sobald er reisefähig ist.

Budapest, 25. Febr. — Die Influenza-Epidemie in der Gegend von Budapest ist in Zunahme begriffen. Dreiundzwanzig Todesfälle in den letzten drei Tagen werden dieser Krankheit zugeschrieben.

Oeffentliche Versammlungsorte einschließlich Schulen sind infolge des Ausbruchs der Krankheit schon vorher in verschiedenen Vorstadt-Distrikten geschlossen worden.

Opfer der Grippe.

Wien. — Bundeskanzler Karl Buresch ist an der Grippe erkrankt, die hier in epidemischer Form aufgetreten ist. Indeß wird Bureschs Fall als mild bezeichnet.

Budapest. — Ladislaus Lukacs, früherer Premier und Finanzminister Ungarns, ist hier an der Grippe gestorben. Er erreichte ein Alter von 82 Jahren.